

Interpellation Gahlinger-Niederhelfenschwil:**«Geschwätzte Covid-Impfverträge: Wieviel wusste unsere Regierung, als sie dafür warb?»**

Wie Sie aus den Medien entnehmen konnten, sind und bleiben hierzulande viele Stellen der Impfverträge zwischen Staat und Pharma geschwätzt. Obwohl wir als Gesellschaft die finanziellen wie gesundheitlichen Auswirkungen tragen, bleibt vieles geheim. Transparenz ist und bleibt ein Fremdwort. Lassen wir mal die finanzielle Seite weg und konzentrieren uns auf unsere Gesundheit.

Für die Gesundheit der Bürger/innen, sprich: für die Gesundheitsversorgung sind die Kantone verantwortlich. Es ist mir deshalb ein grosses Rätsel, was und wieviel unsere Regierung über die neuartige RMNA-Impfung (Corona), sprich: über den Inhalt der angesprochenen Impfverträge wusste. In einigen Ländern wurden die Impfverträge nun fast ganzheitlich veröffentlicht und es kann davon ausgegangen werden, dass die Verträge mit der Schweiz ähnlich aussehen, ähnlich in Bezug auf Impfrisiken, Nebenwirkungen und Auswirkung zur gesamten Pandemie. In all den veröffentlichten Verträgen zeigt sich, die Impfersteller lehnen jegliche Verantwortung ab, die Risiken sind unklar, vorab die Langzeitfolgen. Die deutlich zu kurze Erforschungszeit ergab keine sichere Schlussfolgerung.

Ich halte fest, wer für das Wohl der Bürger/innen verantwortlich ist, sollte, nein müsste schon wissen, was da als sicher angepriesen und abgegeben wird. An dieser Stelle sei erwähnt, dass auch der Kanton St.Gallen für die RMNA-Impfung aktiv geworben hat mittels Steuergeldern.

Nun zeigen sich extreme Anstiege bei Krankheitsverläufen seit der Impfung, es zeigt sich auch ein historischer Geburtenrückgang ab dem Jahr 2022 in der Schweiz.

Zurzeit wird man den unguten Gedanken nicht los, dass hier die Regierung etwas verdrängen möchte, sprich: Was nicht sein darf, darf nicht sein. Aus meiner Sicht nützt es nichts, alles zu verdrängen und nach Jahrzehnten eine Aufarbeitung zu fordern. Die Regierung hat die Impfung als sicher verkauft.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hatte die Regierung ganzheitliche Einsicht in die Impfverträge zwischen Bund und Pharma?
2. Hatte die Regierung in Bezug auf die gesundheitlichen Risiken Teileinsicht in die Impfverträge?
3. Wenn ja, warum hat die Regierung die Impfung als sicher angepriesen und nicht über die Wissenslücken bezüglich Folgen informiert und wie nimmt die Regierung die Verantwortung wahr, um den impfgeschädigten Menschen zu helfen?
4. Wenn nein, warum hat sich die Regierung als verantwortliche, sprich: Vollzugsinstanz nicht informiert, dies also unterlassen?»

19. Februar 2024

Gahlinger-Niederhelfenschwil